



Niederschrift

13. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
14. Oktober 2025, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz

**Punkt 4 der Tagesordnung: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) in Karlsruhe:
Rück- und Ausblick
Vorlage: 2025/0734**

Beschluss:

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung für den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat.

Die Vorlage enthalte sowohl einen Rückblick auf die Umsetzung des Grundsatzpapiers aus dem Jahr 2021 als auch Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung, insbesondere im Kontext der Haushaltskonsolidierung.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) dankt für die umfangreiche Vorlage und äußert, dass viele der darin enthaltenen Aussagen bedauerlich seien, insbesondere im Hinblick auf die personellen und finanziellen Einschränkungen. Sie hebt jedoch hervor, dass die Vorlage zeige, dass die Stadtverwaltung trotz der schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin an dem Thema Entwicklungszusammenarbeit arbeite und Fortschritte erzielen wolle. Sie erklärt, dass die GRÜNE-Fraktion dieses Engagement ausdrücklich unterstütze.

Stadtrat Dr. Noe (FDP/FW) betont die Bedeutung der Aufbereitung des Status Quo und hebt hervor, dass es für die weitere Diskussion und die Haushaltsberatung essenziell sei, konkrete Informationen darüber zu erhalten, welche Mittel im nächsten Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe eingeplant seien. Dies sei notwendig, um die geplanten Projekte bewerten zu können. Er verweist darauf, dass der Gemeinderat auch die Möglichkeit habe, Beschlüsse auszusetzen.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Ziele und Aussagen des Grundsatzpapiers im Rahmen der bestehenden Ressourcen beibehalten werden sollen. Sie schlägt vor, die Budgetanteile bis

zur Haushaltsberatung zu konkretisieren, um die geplanten Maßnahmen und Budgets für den Doppelhaushalt 2026/2027 darzustellen. Sie bestätigt, dass dies im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen werde und verweist auf die Möglichkeit, die Budgetanteile mit der Stabsstelle zu klären.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt sie die erfolgte Vorberatung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
27. Oktober 2025

Dieses Protokoll wurde mit Hilfe von KI erstellt und durch die Schriftführerin geprüft.